

Koreaner wollen Aker Yards

STX strebt an die Schiffbau-Weltspitze

OSLO (AFP). Mit der Übernahme des norwegischen Werftenverbundes Aker Yards will der südkoreanische STX-Konzern zum größten Schiffbauer der Welt aufsteigen. STX erhöhte seinen bisherigen Anteil von 39,2 Prozent an Aker Yards auf knapp 40,4 Prozent, wie das norwegische Unternehmen gestern mitteilte. Damit muss STX ein Übernahmeangebot für alle Aktien vorlegen – und dies werde STX „so bald wie möglich“ tun, teilten die Südkoreaner mit. Sie wollen mit der Übernahme vor allem im lukrativen Geschäft mit Kreuzfahrtschiffen Fuß fassen, bislang Domäne der europäischen Werften wie Aker Yards, der italienischen Fincantieri und der Meyer Werft in Papenburg.

STX kaufte gestern rund 1,3 Millionen Aker-Yards-Aktien für je 63 Kronen (7,86 Euro) und damit zu einem Gesamtpreis von rund 10,2 Millionen Euro. Um die Übernahme perfekt zu machen, müsse STX den Preis pro Aktie aber erhöhen, ließ Aker Yards durchblicken. „Der Aufsichtsrat erwartet einen fairen Preis plus einen Aufschlag für die Übernahme“, teilte das Unternehmen mit. An der Börse in Oslo schoss die Aktie des norwegischen Konzerns um mehr als 16 Prozent nach oben und notierte bei 65,75 Kronen.

Aker Yards betreibt 18 Werften in Brasilien, Frankreich, Finnland, Norwegen, Rumänien, der Ukraine und Vietnam. In Deutschland gehören die Werften Rostock-Warnemünde und Wismar zu Aker Yards; im März wurden allerdings 70 Prozent der Anteile an die russische Investmentgesellschaft Fonds FLC West verkauft.

Das Klima zwischen STX und Aker Yards ist zurzeit nicht das beste. Vergangene Woche erfuhr Aker Yards erst aus der Presse, dass STX einen Anteil von neun Prozent an der französischen Marineverft an den französischen Staat verkaufen will. Damit will Paris langfristig Arbeitsplätze und militärische Interessen absichern. Aker Yards hält 75 Prozent an den Chantiers de l'Atlantique. Die restlichen 25 Prozent gehören der französischen Alstom-Gruppe. Der Staat käme zusammen mit Alstom auf 34 Prozent und hätte damit eine Sperrminorität bei der Werft, die auch Kriegsschiffe herstellt.

Forschung, Bildung, Innovation, Kreativität

Deutsche Industrie präsentiert Schwerpunkte für mehr Wachstum und neue Jobs

BERLIN (DPA-DDP). Bundespräsident Horst Köhler hat für eine neue Reform-Agenda 2020 als „Bollwerk gegen Armut“ geworben. Deutschland dürfe sich auf den Erfolge der vergangenen Jahre nicht ausruhen. Die Früchte des Aufschwungs kämen noch zu wenig der breiten Mittelschicht zugute.

Auch müsse es eine Rückbesinnung auf die Stärken der sozialen Marktwirtschaft geben, sagte Köhler gestern vor 1500 Managern auf dem Tag der deutschen Industrie in Berlin. Die Wirtschaft präsentierte einen 10-Punkte-Plan für mehr Wachstum und neue Jobs. Deutschland müsse bis 2020 wieder Weltspitze sein, sagte der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Jürgen Thumann.

„Den Standort Deutschland bringen wir nur mit einer Strategie nach vorn, die auf Forschung, Bildung, Innovation und Kreativität setzt“, sagte Thumann. Es sollte alles getan werden, was die Wettbewerbsfähigkeit steigere und alles unterlassen werden, was sie hemme. Geändert werden müsse beispielsweise die Emissionshandelsrichtlinie. Zudem müsse der Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig gemacht werden. Falsch wäre auch eine Erhöhung der „Reichensteuer“. Die Steuerpolitik müsse daran ausgerichtet werden, dass die arbeitende Mittelschicht entlastet wird.

Köhler betonte, es gebe für eine Agenda 2020 bei Arbeit, Bildung und Integration keine Patentrezepte. Zeit zum Luftholten bleibe nicht. Es sei wie beim Radrennen: „Wer Tempo verliert, fällt erst zurück, und am Ende fällt er um. Also sollten alle weiter in die Pedale steigen.“ Vor allem müsse mehr in Bildung investiert werden, damit Schwächere eine Aufstiegschance hätten. Höhere Sozialausgaben seien keine Lösung. „Die Gleichung ‚mehr Geld verteilen = weniger Armut‘ stimmt eben nicht“, sagte Köhler, der Reformen auf dem Arbeitsmarkt, die Sanierung der Staatskassen und ein gerechteres Steuersystem forderte.

Köhler zeigte sich beunruhigt, dass pünktlich zum 60. Geburtstag der sozialen Marktwirtschaft in Umfragen nicht einmal mehr ein Drittel der Deutschen eine gute Meinung von dem System hätte. „Das muss uns



BDI-Präsident Jürgen Thumann gestern auf dem Tag der deutschen Industrie in Berlin.

FOTO: DPA

alle alarmieren. Wir müssen diese Sorgen ernst nehmen und uns um diejenigen kümmern, die eher auf der Verliererseite stehen.“

Die Gewerkschaften sehen das „Wirtschaftswunder“, das im Juni 1948 mit der Wirtschafts- und Währungsreform und der Einführung der D-Mark begann, in einer schweren Krise. „Heute arbeiten mehr als 5,5 Millionen Menschen für einen Stundenlohn unter 7,50 Euro. Sie arbeiten oft 50, 60

und mehr Stunden die Woche und erhalten dafür einen Lohn, der kaum zum Leben reicht“, kritisierte DGB-Chef Michael Sommer. Es müsse endlich einen gesetzlichen Mindestlohn geben.

Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) rief die Unternehmen auf, mehr Jugendlichen eine Chance zu geben. Der Fachkräftemangel sei teilweise ein hausgemachtes Problem. Nicht selten klagten diejenigen Betriebe am lautesten, die selbst keine Lehr-

stellen anböten. Köhler erinnerte nach den Affären bei Siemens, Lidl und Telekom Deutschlands Manager an ihre Vorbildfunktion. Diese sollten vorleben, dass Markt und Moral zusammengehören. BDI-Präsident Thumann forderte eine konsequente Aufklärung der Skandale. Ein Generalverdacht sei jedoch falsch: „Wir dürfen nicht zulassen, dass Fehlleistungen Einzelner dem System der sozialen Marktwirtschaft angekreidet werden.“

Auch am Arbeitsplatz kann Mediation Konflikte lösen

Verfahren ist aber in Betrieben noch nicht weit verbreitet / Kongress in Hannover

Von unserem Mitarbeiter Joachim Göres

HANNOVER. Konflikte am Arbeitsplatz landen häufig vor Gericht. Laut Statistischem Bundesamt wurden 2006 vor deutschen Arbeitsgerichten 467.000 neue Klagen eingereicht. Meistens geht es dabei um Kündigungsschutzprozesse, gefolgt von Auseinandersetzungen um den Lohn, um Formulierungen in Zeugnissen und den Urlaubsanspruch.

„Wenn beide Seiten an einer dauerhaften Zusammenarbeit interessiert sind, dann empfiehlt sich die Mediation, um ein Problem zu lösen. Dabei sind meist nur ein oder zwei Sitzungen nötig und nicht ein monate- oder jahrelanges Arbeitsgerichtsverfahren“, sagt Walter Letzel, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Mediation. Er war einer der rund 300 Teilnehmer auf einem Konfliktmanagement-Kongress im Landgericht Hannover, auf dem es unter anderem um die Mediation in der Arbeitswelt ging.

„Off habe ich es mit Mitarbeitern zu tun, die früher miteinander befreundet waren und sich durch unterschiedliche Interessen

und Positionen in der Arbeit zerstritten haben. Gerade in solchen Fällen kann die Mediation sehr viel erreichen“, berichtet Letzel. Im Unterschied zu einem Gerichtsprozess oder einer Schlichtung legen bei einer Mediation die beiden streitenden Parteien das zu behandelnde Thema selbst fest. Es geht nicht um einen Kompromiss, sondern Ziel ist zunächst, dass jeder seine Sichtweise des Konflikts deutlich machen kann und seine Bedürfnisse benennt. Mit Hilfe des Mediators sollen sie die Beweggründe ihres Gegenübers erkennen und zusammen eine schriftliche Vereinbarung formulieren, wie mit diesem Problem nun umgegangen werden soll.

„Große Konzerne leisten sich interne Berater, die Mediation anbieten. Es gibt auch Betriebsräte mit solch einer Ausbildung. Meist werden Mediatoren von außen hinzugezogen, die nicht in Verdacht stehen, einer Seite zuzuneigen“, sagt Letzel, der sowohl Betriebsrat als auch Führungskraft in einem Konzern war und heute als freiberuflicher Mediator vor allem in der IT-Branche und im öffentlichen Dienst Konflikte entschärft. Die nehmen durch die steigende Arbeitsintensität zu: „Manchmal ist gar keine Media-

tion gewünscht, wenn etwa der Arbeitgeber bewusst Konflikte schürt, damit diejenigen von allein gehen, die dem Druck am wenigsten standhalten.“

Firmen oder Verwaltungen sprechen nicht gern über interne Konflikte. Eine Ausnahme ist die Volksbank Graz-Bruck in Österreich, die ihre Mediationsaktivitäten erfolgreich als Werbeinstrument nutzt – auch bei Problemen kann man vertrauensvoll zusammenarbeiten, wird so den Kunden vermittelt. Die Bank hat untersucht, zu welchen wirtschaftlichen Schäden nicht bearbeitete Konflikte im Unternehmen führen und sich dann dazu entschlossen, Führungskräfte in meditativen Methoden weiterzubilden.

Erstmal wurden die Bankbeschäftigten ermutigt, Probleme offen anzusprechen – was zunächst nur sehr zögerlich geschah, weil die Angst verbreitet war, dass dadurch Streitpunkte offen zum Ausbruch kommen. Den Mitarbeitern wurde daraufhin ein Konflikttraining angeboten – mit großer Resonanz, mehr als 20 Beschäftigte aus allen Hierarchieebenen nahmen daran teil. „Die Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern der verschiedenen Abteilungen verbesserte

sich, die interne Kommunikation wurde offener und wertschätzender und Konfliktpotenziale wurden frühzeitig angegangen“, so das Fazit des Wirtschaftsmediators Mario Patera in der neuesten Ausgabe der „Zeitschrift für Konflikt-Management“.

Auf dem Kongress in Hannover wurde allerdings deutlich, dass in Deutschland Mediation nur selten im Arbeitsleben eingesetzt wird. Peter Briber wundert das nicht. Er ist Mediator und Unternehmensberater in Nienburg und war dort einst auch Bürgermeister. „Ich bin damals nicht auf die Idee gekommen, bei Konflikten in der Verwaltung auf Mediation zurückzugreifen. Wer das Sagen hat, der hat oft Angst, etwas aus der Hand zu geben, was er danach nicht wieder einfangen kann. Und ein Untergebener wird nur selten den Mut haben zu sagen: ‚Chef, wir brauchen mal eine Mediation‘. Die Konsequenz ist allerdings fatal: Probleme werden unter den Teppich gekehrt, führen zu Motivationsverlust und gute Leute wechseln die Stelle“, so Briber.

> Kontakt zu Mediatoren vermitteln die Berufsverbände. Näheres unter www.bmev.de und www.bmwa.de

Siemens setzt auf Umweltprodukte

MÜNCHEN (DPA). Siemens will die Klimaschutz-Diskussion nutzen und sein Geschäft mit Umweltprodukten deutlich ausbauen. In den kommenden Jahren solle der Umsatz dieses Segments jährlich um zehn Prozent zulegen, sagte Konzernchef Peter Löscher gestern. „2011 wollen wir mit diesen Lösungen und Produkten rund 25 Milliarden Euro erwirtschaften.“ Im vergangenen Geschäftsjahr hatte Siemens rund 17 Milliarden Euro mit seinem Umweltportfolio umgesetzt, zu dem unter anderem Windkraftanlagen und Hybridantriebe gehören. Das ist ein Viertel des Konzernumsatzes. Dieses Verhältnis wird sich nach Löschers Plänen merklich verschieben. Mögliche Zukäufe hat Siemens bei den Wachstumspulsen noch nicht eingerechnet. Die Pläne zielen vor allem auf den US-Rivalen General Electric, der bereits seit Jahren seine Ambitionen im Umweltsektor hervorhebt.

REDAKTION WIRTSCHAFT

Telefon: 04 21 - 36 71 34 05
Telefax: 04 21 - 36 71 10 12
E-Mail: wirtschaft@bttag.info

INVESTMENTFONDS

Table with multiple columns showing investment fund performance data for various categories like Global Investors, Europe, Asia, and US funds. Includes columns for A 23.06. R, A Vortag R, and various fund names.

Tägliche Veröffentlichung der Anteilspreise – mitgeteilt von vwd group

vwd funds service
Info | Dieter Moritz | sales@vwd.com
Tel.: 069 50701-280 | www.vwd.com
Alle Fonds unter http://fondscontainer.vwd.com/vwd/